

41. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
16. - 18. Juni 2017, Berlin

Antragsteller*in: Konstantin Götschel (München KV)

Änderungsantrag zu FH-DS-01

Nach Zeile 89 einfügen:

Das heißt, dass wir das Schaffen von Kultur fördern, die Kulturschaffenden unterstützen und die Rechte an geschaffener Kultur schützen wollen.

Künstler- und Kulturschaffende brauchen eine stabile soziale Absicherung. Deswegen treten wir sowohl für den Erhalt der Künstlersozialkasse als auch für eine Weiterentwicklung des Projekts Bürgerversicherung als solidarische und verlässliche Sozialversicherungen für alle ein.

Wir treten dafür ein, dass kulturelle Teilhabe gesichert und kulturelle Bildung gestärkt wird. Kultur muss für alle Menschen zugänglich sein – unabhängig von Ausbildung und Einkommen. Deshalb müssen die Menschen schon in der Schule an die kritische Auseinandersetzung mit Medien und Kultur herangeführt werden.

Öffentliche Kulturförderung ist für uns ein entscheidender Träger kultureller Entwicklungsmöglichkeiten. Sie schafft den Gegenpol zur Ökonomisierung von Kulturproduktion und -vermarktung. Wir wollen, dass Bund, Länder und Kommunen ihre kulturellen Förderaufgaben erfüllen können, um kulturelle Vielfalt zu sichern und auszubauen, sei es bei der bildenden Kunst, der Musik, der Literatur oder der darstellenden Kunst.

Wir unterstützen die breit gefächerte Kulturlandschaft in Deutschland. Die auch wirtschaftliche Unabhängigkeit von Kunst und Wissenschaft muss gewährleistet werden, etwa durch die Schaffung neuer Finanzierungsstrukturen für den deutschen Film auch abseits der Fernsehbeiträge, durch die Anwendung des reduzierten Mehrwertsteuersatzes auf sämtliche Güter kultureller Produktion oder den Ausbau der Förderung von Stadttheatern und freier Szene. Wir wollen sicherstellen, dass Urheber und Verwerter zum beiderseitigen Nutzen zusammenwirken, dass öffentlich finanzierte Kunst und Forschung nicht zuvörderst von privaten Unternehmen kommerzialisiert werden und dass auch neue digitale Verwertungswege den Kulturschaffenden und Künstlern zugutekommen.

Begründung

Begründung: Kultur ist ein zentrales Feld der gegenwärtigen Auseinandersetzung über den Charakter der deutschen Gesellschaft. Eine freie und vielfältige Kultur ist der Garant der offenen und inklusiven Gesellschaft. Sie sollte im Bundestagswahlprogramm deshalb mit einem eigenen Unterkapitel vertreten sein, das auf Partizipation und Ausbau der öffentlichen Förderung zur Sicherstellung der wirtschaftlichen Unabhängigkeit von Kunst und Wissenschaft abhebt.

Unterstützer*innen

Peter Heilrath (München KV); Stefan Hintsche (München KV); Michael Dietzmann (München KV); Elisabeth Fuchs (München KV); Anna Katharina Hanusch (München KV); Uwe Kranenpohl (München KV); Anais Schuster Brandis (München KV); Thomas Dyhr (Brandenburg LV); Heidi Schiller (München KV); Anne Kathrin Werenskiold (München KV); Joe Högl (München KV); Hermann Josef Brem (München KV); Holger Lange (München-Land KV); Matthias Laage (Passau-Stadt KV); Harald Schmitt (München KV); Kerstin Dehne (München KV); Arne Brach (München KV); Angela Wilson (München KV); Martin Scheuring (München KV); Marcus Kaiser (München KV)